

Ausschuss-Beratungen am 12. März 2025 in Einfacher Sprache

Am Ende vom Bericht gibt es ein Wörterbuch.
Alle unterstrichenen Wörter werden im Wörterbuch erklärt.

Am Mittwoch, 12. März 2025, ab 9:00 Uhr
gibt es wieder Ausschuss-Beratungen.
Die Sitzungen vom Salzburger Landtag können [live](#) angeschaut werden.
Die Sitzung beginnt um 9:00 Uhr.

TOP 1 (9:00 Uhr): Ehrenamtliche Einsätze für Selbständige

Der Antrag der ÖVP wird am Mittwoch
im [Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert.

Ehrenamtlich bedeutet:

Die Menschen helfen freiwillig.
Sie helfen bei Notfällen oder bei Katastrophen.
Zum Beispiel:
Sie unterstützen bei der Feuerwehr oder bei der Rettung.
Man sagt:
Sie arbeiten ehrenamtlich.

Seit 2019 bekommen Arbeitnehmer weiter ihr Gehalt,
wenn sie NICHT zur Arbeit kommen können
weil sie bei einem Katastrophen-Einsatz mithelfen.

Die Arbeitgeber können dafür Geld
vom Land zurück bekommen.
Selbstständige bekommen aber keine Unterstützung,
wenn sie bei Notfällen helfen.

Die ÖVP fordert:
Die Regierung soll prüfen,
ob Selbstständige auch Geld bekommen können,
wenn sie bei Notfällen helfen.

TOP 2 (9:30 Uhr):

Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz (BUAG)

Der Antrag von FPÖ und ÖVP wird am Mittwoch
im [Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert.

Es geht um ein Gesetz,
das Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz (BUAG) heißt.
Das Gesetz gilt zum Beispiel für Dacharbeiten.
Der Verwaltungs-Gerichtshof hat entschieden:
Das Gesetz gilt auch für Spengler,
die Dächer mit Metall-Platten decken.

Das macht den Spengler-Betrieben Probleme,
weil sie auch andere Arbeiten machen.
Für andere Arbeiten gelten andere Regeln.
Die Spengler-Betriebe haben jetzt mehr Regeln.
Sie haben mehr Bürokratie.
Sie haben auch mehr Kosten.

Die Kunden müssen am Ende auch mehr bezahlen.
Das belastet die Betriebe und die Kunden.

FPÖ und ÖVP fordern:
Die Bundes-Regierung soll das Gesetz noch einmal prüfen.
Das Gesetz soll angepasst werden.
Es soll besser für die Spengler-Betriebe passen.

TOP 3 (10:00 Uhr):

Sprach-Förderung

Der Antrag der SPÖ wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur](#) diskutiert.

Viele Kinder im letzten Kindergartenjahr
sprechen schlecht Deutsch.
Das betrifft:

- Kinder mit Migrations-Hintergrund und
- Kinder mit Deutsch als Muttersprache.

Ein Grund ist:

Die Kinder verbringen viel Zeit
mit dem Tablet oder mit dem Mobil-Telefon.
Sie sprechen zu wenig mit ihren Eltern.

Die SPÖ fordert:

Die Sprach-Förderung für Kinder soll verbessert werden.
Kinder sollen mindestens 2 Jahre in den Kindergarten gehen.
Dort können sie ihre Sprache verbessern.

Es soll mehr Geld für die Sprach-Förderung geben.
In den Einrichtungen für die Kinderbildung
sollen genug Sprach-Förderkräfte arbeiten.

Außerdem:

Es soll ein zweites verpflichtendes
Kindergartenjahr eingeführt werden.

In den Einrichtungen für die Kinderbildung
soll es spezielle Programme für die Sprach-Förderung geben.
Die Programme sollen Kindern helfen,
die Schwierigkeiten mit der Sprache haben.

TOP 4 (11:00 Uhr): Notschafstellen für Frauen

Der Antrag der KPÖ PLUS wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit](#) diskutiert.

Wohnungslosigkeit ist ein großes Problem.
Frauen sind besonders betroffen.

In Salzburg gibt es zu wenige Notschafstellen für Frauen.
Es fehlen Schlafplätze,
die nur für Frauen sind.
Es fehlen Notschafstellen mit eigenen Sanitäranlagen.

Frauen erleben in gemischten Unterkünften oft Gewalt.
Frauen fühlen sich in den Unterkünften oft NICHT sicher.

Im Winter gibt es eine Frauennotschlafstelle
im Haus Elisabeth von der Caritas in Salzburg.

Das Haus Elisabeth ist aber oft voll.
In den Bezirken fehlen solche Einrichtungen.

Die KPÖ PLUS fordert:
Die Notschlafstelle im Haus Elisabeth
soll das ganze Jahr geöffnet bleiben.
Außerdem:
Es soll mehr Notschafstellen für Frauen
im Land Salzburg geben.

TOP 5 (11:30 Uhr): Umwelt-Maßnahmen aus ASFINAG-Gesetz

Der Antrag der GRÜNEN wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität](#) diskutiert.

Das ASFINAG-Gesetz bestimmt,
wie die Einnahmen aus Autobahngebühren verwendet werden.

Ein Teil von den Einnahmen wird für die Umwelt verwendet.
Das Ziel ist:
Die Umwelt-Schäden aus dem Straßenverkehr
sollen kleiner gemacht werden.

Seit 2018 ist viel Geld eingenommen worden.
Es wird aber wenig Geld ausgegeben.
Es sind schon 7 Millionen Euro in Reserve.

Das Land sagt:
Das Geld muss für bestimmte Umwelt-Maßnahmen genutzt werden.

Die GRÜNEN fordern:
Das Land hat zu wenige Projekte mit dem Geld umgesetzt.
Für 2025 sind auch keine großen Projekte geplant.

Das Land soll zusammen mit den Gemeinden
mehr Projekte für Umwelt-Maßnahmen entwickeln.
Es sollen die 7 Millionen Euro Reserve genutzt werden.

TOP 6 (14:00 Uhr): Weniger PFAS-Belastung

Der Antrag der GRÜNEN wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Umwelt, Natur- und Klimaschutz](#) diskutiert.

PFAS sind schädliche Chemikalien.
Sie kommen in vielen Produkten vor.
Sie bleiben sehr lange in der Umwelt.
Sie sind schwer zu entfernen
PFAS können die Gesundheit beeinträchtigen.

PFAS sind auch im Schaum von Feuerlöschern.

Die GRÜNEN fordern:
Alle Feuerlöscher mit PFAS in öffentlichen Einrichtungen
sollen sofort ausgetauscht werden.
Die Bevölkerung soll über PFAS informiert werden.
Es soll eine Förderung für den Austausch von Feuerlöschern
in Betrieben und in Haushalten geben.

Außerdem:
In Salzburg gibt es oft PFAS-Belastungen.
Zum Beispiel im Boden
oder im Wasser.

Die Landesregierung soll mehr tun,
damit die Belastungen weniger werden.
Dafür soll es eine Koordinations-Stelle für PFAS geben.

TOP 7 (14:30 Uhr): Unterstützung für Frauen in finanziellen Notlagen

Der Antrag der KPÖ PLUS wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit](#) diskutiert.

Viele Frauen haben finanzielle Probleme.
Zum Beispiel:
Wenn sie alleinerziehend sind.
Oder: Wenn sie in schwierigen Beziehungen leben.

Oft fehlt das Geld für eine andere Wohnung.
Oder: Zum Bezahlen von unerwarteten Ausgaben.
Das macht die Situation noch schwieriger.

Eine Studie von der Caritas zeigt:
Viele alleinerziehende Frauen
haben hohe Wohnkosten.
Viele können sich keinen Urlaub leisten.
Sie müssen oft Schulden machen.

Die KPÖ PLUS fordert:
Die Landesregierung soll einen Unterstützungsfonds einrichten.
Ein Unterstützungsfonds ist eine Art Geldtopf.
Das Geld soll Frauen in finanziellen Notlagen helfen.

TOP 8 (15:00 Uhr): Verbesserung für den öffentlichen Verkehr im Tennengau

Der Antrag der SPÖ wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität](#) diskutiert.

Die Busverbindung von St. Koloman nach Golling oder Kuchl
ist sehr schlecht.
Mit dem Auto dauert die Strecke nur wenige Minuten.
Aber mit dem Bus braucht man für die Strecke
vielleicht eine Stunde.

Viele fahren deshalb lieber mit dem Auto.

Die SPÖ fordert:
Die Landesregierung soll eine Busverbindung
von St. Koloman nach Kuchl oder Golling einrichten.
Die Busse sollen jede Stunde fahren.
Die Busse sollen von 6:00 Uhr morgens bis 20:00 Uhr abends fahren.

TOP 9 (15:30 Uhr): Finanz- und Wirtschaftsausbildung in Lehrplänen

Der Antrag der FPÖ wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit](#) diskutiert.

Viele junge Menschen haben Schulden.
Sie wissen zu wenig über Finanzen.

Junge Leute bis 30 Jahre
haben durchschnittlich 30.000 Euro Schulden.
Männer haben oft mehr Schulden als Frauen.

Die FPÖ fordert:
Schülerinnen und Schüler sollen in der Schule
mehr über Finanzen und Wirtschaft lernen.
Das Thema soll in verschiedenen Fächern unterrichtet werden.

Außerdem:
Es soll eine Informations-Kampagne geben.
Junge Menschen sollen vor Schulden gewarnt werden.
Sie sollen den richtigen Umgang mit Geld lernen.

TOP 10 (16:00 Uhr): Kosten für Gemeinden

Der Antrag der ÖVP wird am Mittwoch
im [Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert.

Die Gemeinden kümmern sich um viele Aufgaben.
Zum Beispiel:
Kinderbetreuung, Schulen, Straßen oder die Müllabfuhr.

Die Gemeinden haben hohe Kosten.
Sie müssen mehr Geld ausgeben.
Sie bekommen weniger Geld.
Es ist vieles teurer geworden.
Besonders in den Bereichen
Soziales, Gesundheit und Kinder-Betreuung.

Die Gemeinden brauchen Unterstützung.
Letztes Jahr hat das Land Salzburg die Gemeinden
mit 15 Millionen Euro unterstützt.
Nächstes Jahr sollen es 20 Millionen Euro sein.

Die ÖVP fordert:
Der Bund soll besser berechnen,
wie viel neue Gesetze kosten.

Es ist wichtig,
dass bei neuen Gesetzen besser geprüft wird:
Wie sind die finanziellen Auswirkungen auf die Gemeinden?

Außerdem:
Es soll mehr regelmäßige Finanzhilfen geben.
Nicht nur einmalige Finanzhilfen.

.

Wörterbuch:

Rechnungsabschluss:

Der Rechnungsabschluss ist eine Übersicht über alle Einnahmen und Ausgaben in einem Jahr.

Transparenz:

Transparenz bedeutet:
Man kann alles nachprüfen.

Voranschlag:

Der Voranschlag ist ein Finanzplan über alle Einnahmen und Ausgaben, die erwartet werden.
Der Plan legt fest, wie viel Geld zur Verfügung steht und wofür es ausgegeben werden darf.

15a-Vereinbarung:

Eine 15a-Vereinbarung ist einen Vertrag zwischen dem Bund und dem Land Salzburg.
Es gibt Gesetze, bei denen teilweise der Bund und teilweise jedes Bundesland zuständig ist.

Wörter, die in jeder Ausschuss-Sitzung vorkommen:

TOP:

TOP ist die Abkürzung für Tagesordnungspunkt.
Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen.
Jeder Tagesordnungspunkt ist ein eigenes Thema.

Tagesordnungspunkt:

Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen.
Jede Sitzung ist in Tagesordnungspunkte eingeteilt.
Jeder Tagesordnungspunkt bekommt ein eigenes Thema.
Dieses Thema wird dann in dem jeweiligen Tagesordnungspunkt diskutiert.

Ausschuss:

Die Abgeordneten arbeiten in Ausschüssen.
Ein Ausschuss ist eine Gruppe von Fachleuten.
Die Ausschüsse gibt es zu verschiedenen Themen.
Zum Beispiel:
zum Thema Soziales
oder zum Thema Geld und Finanzen.

In einem Landtagsausschuss wird alles genau besprochen.
Die Abgeordneten laden oft Fachleute in einen Ausschuss ein.
Die Fachleute kennen sich bei bestimmten Themen gut aus.
Die Abgeordneten beraten sich mit den Fachleuten.
Die Fachleute können mit ihrem Wissen den Abgeordneten helfen.

Im Ausschuss sind weniger Abgeordnete als im Plenum.
Beim Plenum treffen sich alle Abgeordneten.

Die Parteien:

FPÖ:

FPÖ ist die Abkürzung für Freiheitliche Partei Österreichs.

GRÜNE:

Die Grünen

KPÖ PLUS:

KPÖ ist die Abkürzung für Kommunistische Partei Österreichs.
Plus heißt mehr.

ÖVP:

ÖVP ist die Abkürzung für Österreichische Volkspartei.

SPÖ:

SPÖ ist die Abkürzung für Sozialdemokratische Partei Österreichs.

Die Ausschüsse:

Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur:

Hier werden Themen besprochen,
die mit Bildung, Schule, Sport oder Kultur zu tun haben.

Ausschuss für Europa, Integration und Regionale Außenpolitik:

Hier geht es um Themen,
die mit der Zusammenarbeit von Österreich
und anderen Ländern in der EU zu tun haben.

Ausschuss für Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität

Hier geht es um Planungen und den technischen Ausbau.

Zum Beispiel:

Planungen für den Öffentlichen Verkehr
oder für neue Straßen
oder für das Internet.

Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit:

Hier wird über soziale Themen und Gesundheit gesprochen.

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen:

Hier wird über Wirtschaft, Energie oder Dinge,
die man zum Leben braucht gesprochen,
zum Beispiel das Wasser oder die Luft.

Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grundverkehr:

Hier geht es um das Wohnen und das Planen.
Es geht um Fragen,
wo etwas gebaut werden darf und wo nicht.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Klimaschutz:

Hier geht es um Dinge,
die Einfluss auf unsere Umwelt haben.

Finanz-Ausschuss:

Hier entscheiden die Abgeordneten,
wofür das Land Salzburg Geld ausgeben soll.

Finanz-Überwachungsausschuss:

Hier wird überprüft,
ob das Geld vom Land sorgsam und richtig ausgegeben wird.

Petitionsausschuss:

Hier werden Wünsche der Bevölkerung besprochen.

Unvereinbarkeits-, Immunitäts- und Disziplinar-Ausschuss

Es geht um Meldungen,
die die Abgeordneten nach dem Gesetz abgeben müssen.

Es soll alles transparent sein.

Das bedeutet: Es soll alles nachvollziehbar sein.

Im Immunitätsausschuss geht es
um das Ersuchen von Behörden.

Zum Beispiel von der Bundes-Polizeidirektion.

Zum Beispiel um Zustimmung zu einer behördlichen Verfolgung
von Abgeordneten.

Verfassungs- und Verwaltungsausschuss:

Hier werden Gesetze beschlossen.

Redaktion:

Dr. Evelyn Feichtner-Tiefenbacher (Text) und Dr. Richard Voithofer, Salzburger Landtag – Landtagsdirektion, Wissenschaftlicher Dienst.

Evelyn Feichtner-Tiefenbacher ist Germanistin und von [capito Graz](#) als Fachkraft für Leichte Sprache und Barrierefreiheit zertifiziert.

Weitere Informationen über den [Salzburger Landtag in Leichter Sprache](#)

Für Leichte Sprache gelten genaue Regeln. [Informationen zu Leichter Sprache finden Sie auf der Homepage der Universität Hildesheim](#)

Bei Einfacher Sprache steht die Verständlichkeit im Vordergrund. Mit Texten in Einfacher Sprache können sich viele Menschen informieren. Die Sätze sind kurz. Fremdwörter werden vermieden. Fachbegriffe werden erklärt.